

Antrag der AfD-Fraktion vom 12. Februar 2023 betr. Realitätsabgleich in der Asylpolitik

Fraktionsbüro der AfD Darmstadt
Business Park Pfungstadt
Werner-von-Siemens-Straße 2
64319 Pfungstadt
Tel. 0171 7841752
www.AfD-Darmstadt-Fraktion.de



An das Stadtverordneten-Büro
der Stadt Darmstadt
Luisenplatz 5 a
64283 Darmstadt

12.02.2023

Antrag: Realitätsabgleich in der Asylpolitik

Der Magistrat wird gebeten und die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Die kreisfreie Stadt Darmstadt appelliert an die Landes- und Bundesregierung, die endlichen Kapazitäten der Städte zur Aufnahme von zugeteilten Asylbewerbern zur Kenntnis zu nehmen und anzuerkennen, dass ein Zustrom von Migranten auf dem aktuellen Niveau dauerhaft nicht mehr zu bewältigen ist.

Begründung

Seit letztem Jahr sind die Flüchtlingszuweisungen, bedingt durch den Ukraine- Krieg, stark angestiegen. Zu den Ukrainern kommen auch wieder vermehrt Asylsuchende aus den schon bekannten Kriegsregionen Afghanistan, Syrien und weiteren Ländern.

Seit 2015 hat Darmstadt und ihre Bevölkerung viel geleistet.

Doch die schon jetzt bestehende Wohnraumsituation ist extrem angespannt. Die geplante Anmietung eines Apartmenthauses in der Holzhofstraße wird in Kürze belegt sein. Für den Zukauf von weiteren Wohncontainern sind Mittel und Standorte begrenzt.

Der Arbeitsmarkt ist ebenfalls angespannt. Es fehlen trotz der vergangenen Zuwanderung vor allen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Handwerk qualitativ ausgebildete Kräfte. Die benötigten MINT-Fächer für mehrwertschöpfende Berufsbilder sind in Deutschland immer weiter im Sturzflug. Hierbei stellt sich im Bereich Gesundheit und Bildung eine doppelte Belastung dar.

Durch die jetzt schon vorhandenen bemerkbaren Defizite, ist eine erfolgreiche Integration im Bildungsbereich nicht mehr möglich. Es ist auch keine Frage des Geldes, sondern eine Frage der gesteuerten Zuwanderung von den benötigten Fachkräften.

Ein weiterer Zustrom in die Stadt Darmstadt ist auf diesem Niveau nicht zu meistern, ohne eine erfolgreiche Integration nicht zu gefährden.

Entsprechend muss der Zustrom und Zuweisungen begrenzt werden, da es nicht primär eine Frage der finanziellen Mitteln ist, sondern der vorhandenen und benötigten qualitativen Arbeitskräften ist.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Günter Zabel
Fraktionsvorsitzender

Anja Swars
stellvertretende Fraktionsvorsitzende